

Informationen der Aktionsgemeinschaft ATOMSTOP-ENERGIEWENDE Heilbronn

Wir haben die Wahl!

Am 25. Januar wird sich entscheiden, ob eine erkennbare Anzahl von Menschen bereit ist, die Konsequenzen aus der tödlichen Krise unserer Zivilisation zu ziehen. Ob diejenigen eine deutliche Abfuhr erhalten, die uns immer noch glauben machen wollen, das Leben könne einfach so weitergehen:

Mitten zwischen den "Unfällen", die wir hinter uns haben (für die Vergeßlichen: z.B. Windscale, Seveso, Harrisburg, Bhopal, Waldheide, Tschernobyl, Basel usw.) und denen, die man gerade vorbereitet.

Die derzeit politisch Verantwortlichen haben selten etwas so klar gesagt wie dies:

Es soll weitergehen wie bisher!

Weißbekittelte Tierversuchsis haben unseren Zustand im Experiment bereits getestet, wie irgendwo zu lesen war. Sie ließen Frösche in heißes Wasser fallen und stellten fest, daß die Tiere in panischer Reaktion alles taten, um sich aus der Todesfalle zu befreien. Daraufhin wurden andere in kaltes Wasser gesetzt, das man langsam erhitzte: Siehe da, sie ließen sich widerstandslos umbringen!

Unsere Situation gleicht der zweiten Versuchsanordnung. Es liegt an uns festzustellen, wie heiß die Lage geworden ist, ob wir dem Testpersonal weiter vertrauen oder ob wir mit dem Ausstieg vielleicht doch lieber 1987 beginnen wollen.



INHALT

Wahlprüfsteine	S. 2
Strontium, Caesium, Jod Belastung von Milchprodukten	S. 3
WAA Wackersdorf Der Griff nach der Atombombe	S.4/5
Ihr Atommanager antwortet - Ein Briefwechsel	S. 6
Alternativen z.B. Blockheizkraftwerk	S. 7

Der WENDEPUNKT ist eine Information, die von der Bürgerinitiative "Atomstop - Energiewende" herausgegeben wird. Unsere Gruppe trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat um 20.00 Uhr im Goldenen Lamm in Heilbronn und freut sich über alle, die dazu kommen.

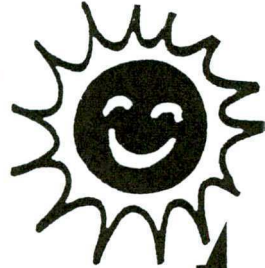
Wir sind politisch unabhängig, Mitglied des Ökoinstituts Freiburg und des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Diese Informationsschrift vor der Bundestagswahl konnten wir nur unter größter Anstrengung finanzieren. Wenn Sie wollen, daß unsere Arbeit für eine Zukunft ohne menscheitsbedrohende Technologien weitergeht, dann helfen Sie durch Ihre Spende!

Spendenkonto Kreissparkasse HN 2351 05

Wahlprüfsteine

Die folgenden Forderungen halten wir für unverzichtbare Teile einer neuen, lebensbedrohende Risiken abbauenden Politik.
Entscheiden Sie selbst, welche Parteien bzw. welche Kandidaten und -innen damit wählbar bleiben !



- Sofortige Stilllegung des Uralt-AKWs in Obrigheim.
- Sofortiger Baustop für GKN II in Neckarwestheim und die Plutoniumfabrik in Wackersdorf.
- Stilllegung aller Atomanlagen bis 1990.
- Änderung des aus der Nazizeit stammenden Energiewirtschaftsgesetzes, damit die Monopolstellung der großen Stromproduzenten gebrochen wird.
- Verwendung aller Forschungsmittel, die immer noch der Atomenergie zufließen, für alternative Energien und Energiesparmaßnahmen.
- Abschaffung der Massenvernichtungswaffen in unserem Land, Stop der Kernwaffentests.



Bonn will überhaupt keinen Ausstieg

Energiebericht: Erst langfristige Nutzung lohnt sich wirklich

Frankfurter Rundschau
20.9.86

Von unserem Korrespondenten Rolf-Dietrich Schwartz

BONN, 19. September. Die Bundesregierung legt in dem jetzt fertiggestellten Energiebericht ein noch festes Bekenntnis zur Nutzung der Atomenergie ab als in dem vor einer Woche in Bonn bekannt gewordenen ursprünglichen Entwurf. Auf das darin zunächst vorgesehene Kapitel „Künftige Nutzung der Kernenergie“ wird in der für die Kabinettsberatungen der kommenden Woche angefertigten Fassung gänzlich verzichtet. Dafür wurden weitere Passagen des Entwurfs, die mit einem gewissen Verständnis auf die Ausstiegs-Szenarien der beauftragten Forschungsinstitute RWI und Öko-Institut eingingen, durch atomenergiefreundliche Ausführungen ohne Einschränkungen ersetzt.

Neu in den Energiebericht wurde die Überlegung aufgenommen, daß die eigentlichen Vorteile der Atomkraftwerke erst nach der Zeit ihrer wirtschaftlichen Abschreibung von etwa 20 Jahren wirksam werden. „Die technische Zuverlässigkeit der in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerke läßt erwarten, daß sie über ihre jeweiligen Abschreibungszeiträume hinaus eingesetzt werden können und dann besonders kostengünstig arbeiten“, heißt es nun. Ein langfristiger Verzicht, der diesem dann besonders kostengünstigen Einsatz ein Ende setzte, hätte Strommehrkosten bis weit in die ersten Jahrzehnte des nächsten Jahrhunderts hinein zur Folge, wird hinzugefügt.

Die vom RWI-Institut angestellten Berechnungen über die voraussichtlichen Kosten eines langfristigen Ausstiegs (etwa im Jahre 2010) werden in der jetzt

vorliegenden Fassung rigoros zurückgewiesen. „Entscheidend für die Bewertung eines so langfristig angelegten Verzichts können deshalb auch nicht errechnete Vor- oder Nachteile in einem Vierteljahrhundert entfernt liegenden Zeitraum sein, sondern die Wirkung einer derartigen Entscheidung heute.“ Diese Wirkungen würden in dem Verzicht auf die Vorteile, die die Nutzung der Kernenergie gegenwärtig und in der politisch überschaubaren Zeit für Wachstum, Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie für die Umwelt bieten, liegen.

Als Konsequenz dieser Ausführungen lehnt die Bundesregierung nun nicht nur den sofortigen, sondern auch den mittel- und langfristigen Verzicht auf die Atomkraft entschieden ab.

Strontium, Cäsium, Jod

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat uns klargemacht, daß die "friedliche" Nutzung der Atomenergie für die große Gemeinschaft der Völker recht unfriedlich werden kann:

- 135.000 Menschen wurden evakuiert
- 75.000.000 (75 Millionen) Menschen in der Nord-Ukraine, in Weißrußland, in Ostpreußen und im Baltikum wurden stärker verseucht.

Dabei ist Tschernobyl noch nicht einmal die maximal mögliche Katastrophe gewesen: "nur" ca. 20 % des Jod-131, ca. 13 % des Caesium-137 und ca. 4 % des Strontium-90 sind ausgetreten - das sind einige Gramm Jod-131 und einige Kilogramm Caesium.

Wie gefährlich diese geringen Mengen sind, zeigt das folgende Beispiel:
liegen 0,006 g Jod-131 in 1 m Entfernung 1 Stunde lang vor Ihnen auf dem Tisch, haben Sie die tödliche Strahlendosis von 1.000 rem erhalten.

Das bedeutet: die Mengen dieser radioaktiven Partikel sind so gering, daß wir sie weder sehen noch riechen oder schmecken können - aber sie sind jetzt auf Jahre hinaus in unseren Lebensmitteln.

Unsere Aufgabe muß es jetzt sein - genauso wie Anfang der 60er Jahre die oberirdischen Atombombenversuche (1945-1963: USA 212, UdSSR 128) eingestellt wurden -, dafür zu sorgen, daß die Atomkraftwerke abgeschaltet werden, damit auch noch unsere Kinder und Enkelkinder ein lebenswertes Leben führen können.

Die größte Gefährdung geht derzeit von unseren Lebensmitteln aus. Höher belastet sind zur Zeit:

- Schokolade und Nüsse
- Milch und Milchprodukte, vor allem wegen der relativ großen Verzehrsmengen
- Fische aus dem Alpenvorland
- Tee aus der Türkei
- Roggen ist höher belastet als Weizen, Hafer, Gerste und Dinkel
- Wild
- ansteigend Schweinefleisch und etwas fallend Rindfleisch.

Die Belastung von Gemüse und Obst in diesem Jahr war von außen durch den Fallout verursacht. Wie die Situation bei der nächsten Ernte aussehen wird (Aufnahme der strahlenden Partikel aus dem Boden), ist noch völlig offen.

→ Eine gute Zusammenstellung der aktuellen Strahlenbelastung von Lebensmitteln gibt die Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V. etwa zweimal im Monat heraus.

Aktuell: Milch

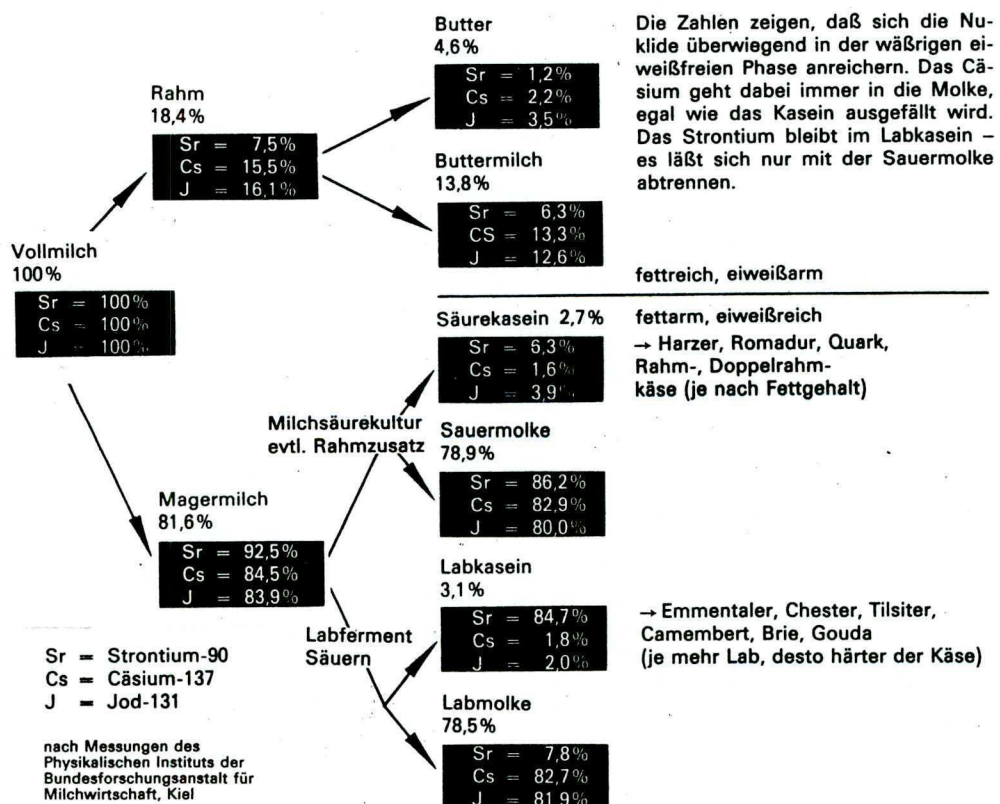
Milchprodukte sind mit den Radionukliden Strontium, Cäsium, Jod unterschiedlich belastet - bei gleicher Belastung der Vollmilch!

Wie, das können Sie aus nebenstehender Tabelle entnehmen.

Übrigens: Das Milchpulver aus unserer Aktion wurde jetzt von der Gesellschaft für Strahlenmessung untersucht: Es ist nicht belastet, stammt also tatsächlich aus der Produktion "v.T" ("vor Tschernobyl").

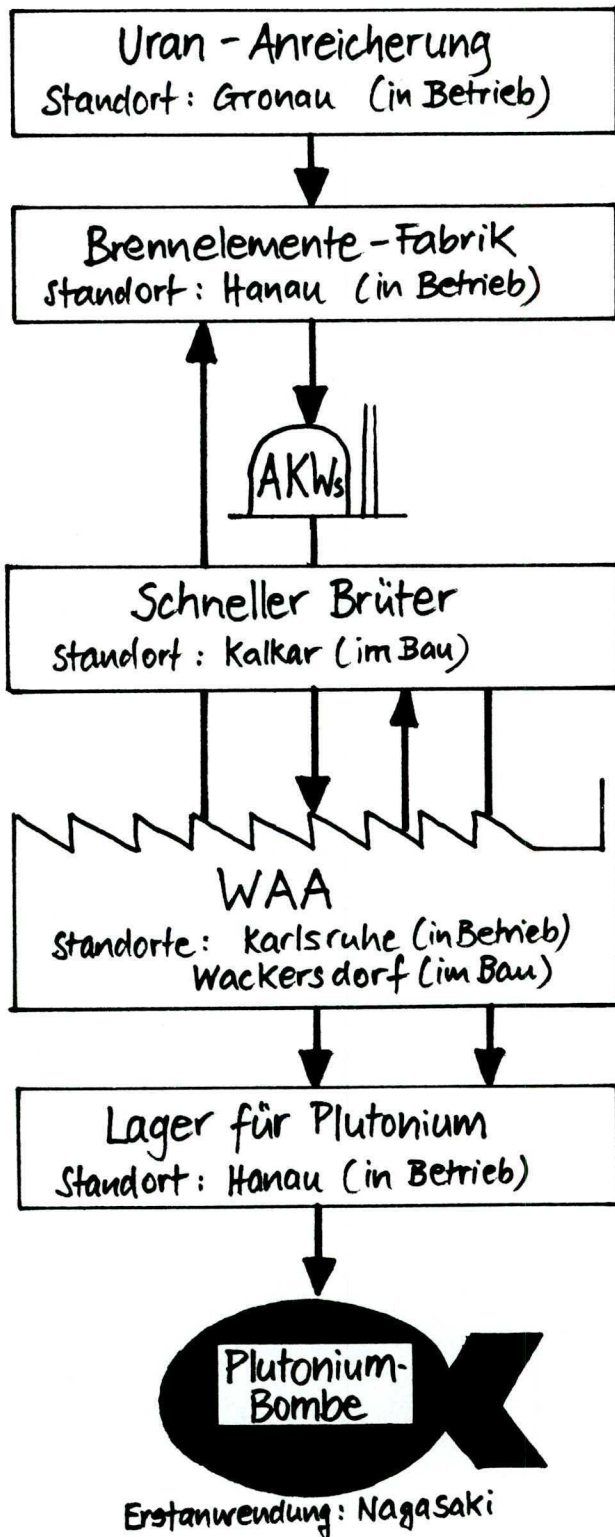
P.S: Ein Sack dieses Milchpulvers (25 kg, 120,- DM) ist noch übrig. Interessenten mögen sich an die BUND-Geschäftsstelle wenden.

(Tel. [REDACTED])



Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf: Der Griff nach der Atombombe

Ein Weg zur Atombombe



In einer atomaren Wiederaufbereitungsanlage (WAA) kann aus den abgebrannten Brennelementen der Atomkraftwerke spaltbares Material herausgelöst und wiedergewonnen werden. Wenn man der Regierung und den Energiekonzernen glauben kann, dann ist die WAA eine einfache Chemiefabrik. F.J. Strauß behauptet deshalb auch, so eine Wiederaufbereitungsanlage sei "ähnlich ungefährlich wie eine Fahrradfabrik".

Daß dem nicht so ist, zeigt schon die Tatsache, daß im "Normalbetrieb" die WAA das 10 bis 1.000-fache der Radioaktivität eines gewöhnlichen Atomkraftwerks an die Außenwelt abgibt. Passiert in der WAA gar ein ernster Unfall, so kann eine Verseuchung von halb Westeuropa die Folge sein.

Auch der sogenannte wirtschaftliche Nutzen dieser Anlage ist zweifelhaft, weil die Einsparung an spaltbarem Material bei Natururan nur 15 % beträgt. Dafür entsteht aber neuer Atom Müll, der etwa 40 bis 50 mal mehr Platz einnehmen wird als die ursprünglichen Brennelemente - und dies für die unvorstellbare Bausumme von heute etwa 11 - 12 Milliarden DM. Auch die Brutalität der staatlichen Organe, mit der dieses Projekt gegen den Widerstand der dortigen Bevölkerung durchgezogen werden soll, kann damit nicht erklärt werden.

Die WAA: der Schlüssel für den Bau von deutschen Atomwaffen?

Ist es wirklich ein Zufall, daß die Bauarbeiten der WAA zu einem Zeitpunkt beendet sein werden, wenn Mitte der 90er Jahre der Atomwaffensperrvertrag der BRD ausläuft? In diesem Vertrag hat die BRD 1969 offiziell auf den eigenen Bau von Atomwaffen verzichtet.

Der Griff nach der Bombe hat eine lange Geschichte:

ab 1953 Forschung und Bau von Atomfabriken, die auch zur Produktion von Atomwaffen geeignet sind, werden ins Ausland nach Südafrika, Argentinien und Brasilien verlagert (Uranförderung und -anreicherung, Reaktoren und Wiederaufbereitungsanlagen) Firmen: Siemens, KWU, AEG

- 1958 F.J. Strauß plant die Nuklearbewaffnung der Bundeswehr. Die Alliierten und vor allem die starke Friedensbewegung verhindern diese Pläne.
- ab 1970 Die Firmen NUKEM und ALKEM in Hanau können das Material für Atombomben und Neutronenwaffen in Massen herstellen.
- 1976 In der Zeit der sozialliberalen Koalition: Erprobung von Raketen und Marschflugkörpern, die auch atomar bestückt werden können, in Zaire durch die OTRAG;
Firmen: VFW-Fokker, MBB und Dornier
- 1984 Todenhöfer (CDU/CSU) fordert eine deutsche Atomstreitmacht: "Es ist an der Zeit, durch Schaffung einer integrierten Atomstreitmacht das westliche Bündnis auf zwei tragfähige Säulen, eine europäische und amerikanische, zu stellen."

1987 geheime Bundeswehr-Planung für eine eigene deutsche Atomstreitmacht: In aller Offenheit legen die Kriegsplaner darin als "nationale" Zielsetzung fest: "Die nukleare Teilhabe ... ist eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung nationaler Interessen in Nuklearpolitik, Nuklearstrategie und nuklearer Einsatzplanung in der Allianz". 1,8 Milliarden DM sind dafür bereits eingeplant. Damit setzt die Regierung auf den Erstschlag. Bei der Bundeswehrplanung gehe es um den "Erhalt eines überlebensfähigen, flexiblen und wirksamen nuklearfähigen Streitkräfteanteils".

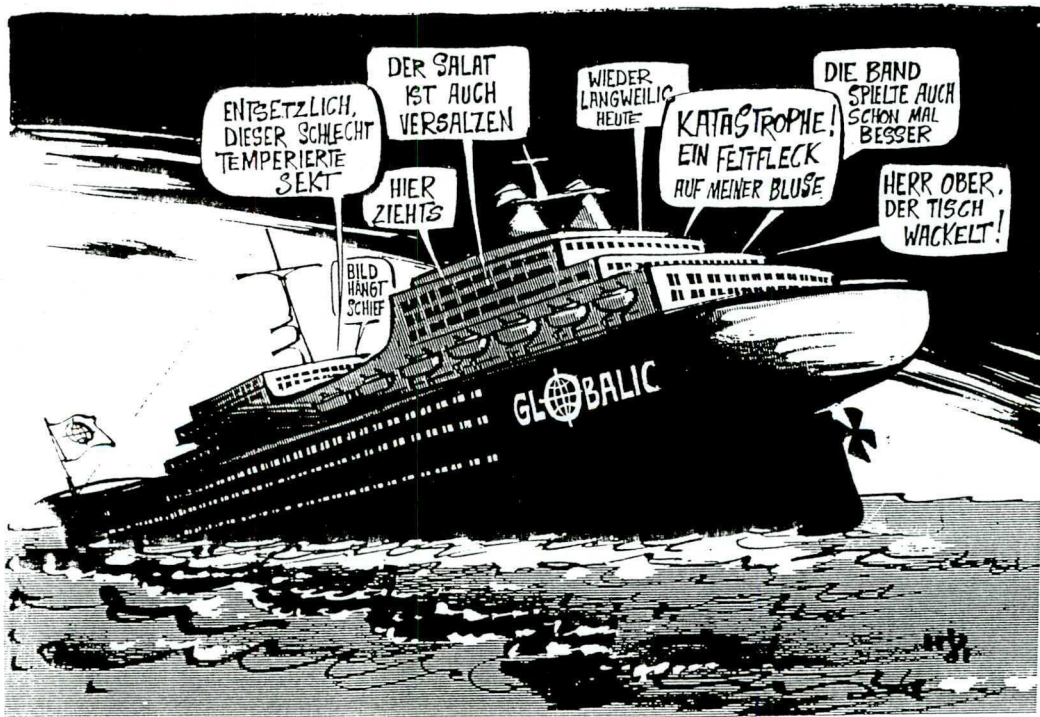
(alle Fakten und Zitate aus: "Wiener", 6/86, S. 45 ff und "Stern" 86, S. 161 ff)



Mit dem schnellen Brüter in Kalkar und der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf ist "eine zivile Infrastruktur aufgebaut, die jederzeit politisch abgerufen werden kann für militärische Zwecke" - so der Atomwissenschaftler Klaus Traube

(nach: "Der Spiegel" vom 30.9.85). Damit ist der Kreislauf geschlossen: Das für Bomben wenig geeignete Plutonium-Isotopen-Gemisch aus der "zivilen" WAA erzeugt als Brüter-Kern viel waffenfähiges Plutonium-239 im Mantel des Brüters.

Der Untergang der GLOBALIC (Zeichnung: Hailzinger)



Ihr Atom-Manager antwortet:

Ein (echter) Briefwechsel zwischen einem Heilbronner Bürger und dem Geschäftsführer des Atomkraftwerks Neckarwestheim.

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

4. Juni 1986

Ihrem Leserbrief an die HSt entnehme ich, daß Sie aus "hinreichender Kenntnis der Sachzusammenhänge" heraus bereit sind, für evtl. Störfälle des GKN auch persönlich die Folgen zu tragen - und nicht nur beispielsweise als Geschäftsführer einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Ich wohne mit meinen Eltern in Heilbronn, und bei einem Störfall Ihres Betriebs müßten wir evakuiert werden; für 80jährige Menschen keine Kleinigkeit. Ich möchte Sie daher heute bitten, mit mir einen Vertrag abzuschließen, in dem Sie unbeschränkt mit Ihrem eigenen Vermögen für Schäden haften, die uns durch Ihren Betrieb entstehen. Da Sie als Fachmann das Risiko eines Störfalles besser einschätzen können als ich, werden wir diesen Vertrag in den nächsten Tagen problemlos abschließen können.

Ich freue mich auf Ihre rasche Antwort und verbleibe mit freundlichen Grüßen
[REDACTED]

9. Juni 1986

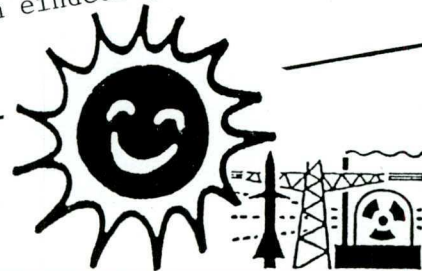
Sehr geehrter Herr [REDACTED],

Sie konnten meinem Leserbrief nicht entnehmen, daß ich mit meinem Vermögen für Schäden hafte, die durch den Betrieb des GKN entstehen - es sei denn, ich hätte einen Schaden Ihnen gegenüber persönlich rechtswidrig verschuldet. Dazu bedarf es keines Vertrages. Das steht im Gesetz.

Gesagt habe ich etwas anderes, nämlich: "Jeder von uns trägt für das, was er tut oder pflichtwidrig unterläßt, die persönliche, auch strafrechtliche Verantwortung." Diese unsere Verantwortlichkeit hatte ich der allgemeinen politischen Verantwortung gegenübergestellt. Wir werden für pflichtwidrige Handlungen dadurch persönlich zur Verantwortung gezogen, daß wir entlassen werden oder von der Behörde die erforderliche Zuverlässigkeit abgesprochen erhalten und deshalb unseren Arbeitsplatz verlieren können, ferner durch Bußgelder, Geld- oder Haftstrafen. Das sind praktische und Rechtsfolgen, die unser Recht für die Träger politischer Entscheidungen nicht kennt.

Dies hatte ich gemeint und das war aus meinem Brief wohl auch eindeutig erkennbar.

Mit freundlichen Grüßen
[REDACTED]



Sehr geehrter Herr [REDACTED]

7. Juli 1986

Dank für Ihren Brief mit Ihrer eindeutigen Stellungnahme. Sie sind nicht bereit, persönlich mit Ihrem Vermögen für den Schaden zu haften, der aus Ihrem Betrieb entsteht.

Damit gewinnt natürlich das, was Sie in der Öffentlichkeit über das GKN aussagen, eine andere Qualität. Werden Sie in Zukunft so ehrlich sein und Ihr Publikum informieren, daß Sie zwar hundertprozentig für Atommeiler sind, persönlich aber nicht bereit, die Folgen zu tragen?

Sollten Sie diesen Hinweis bei Ihren öffentlichen Auftritten versäumen, so behalte ich mir vor, gegebenenfalls darauf hinzuweisen.

Ich freue mich über unseren brieflichen Kontakt und kann Ihnen versichern, daß ich Ihren Konflikt gut verstehe.

Mit freundlichen Grüßen
[REDACTED], Diplom-Psychologe

Umweltfreundlich: Blockheizkraft

ALTERNATIVEN
Z.B.:

Was sind, was sollen, was können Blockheizkraftwerke?

Blockheizkraftwerke (BHKW) sind Kleinheizkraftwerke, überwiegend in der Form von mehrmotorigen, gasgetriebenen Aggregaten. BHKW erzeugen gleichzeitig Strom und Nutzwärme im Verhältnis von etwa 1:3 bis 1:1. Zum Einsatz kommen meist modifizierte langlebige Lkw-, aber auch Schiffs- und Pkw-Motoren.

Energieeinsparung

Blockheizkraftwerke erreichen Gesamtwirkungsgrade von über 80 % bis über 90 % und damit unbestritten eine Energieeinsparung von rund 40 % gegenüber getrennter Versorgung mit Strom aus Kraftwerken und Wärme aus Heizkesseln. Hierdurch erübrigt sich teilweise der Einsatz von Brennstoffmengen verschiedener Art (Kohlen, Gas, Öl, Kernbrennstoff) in Kraftwerken anderenorts.

Umweltschutz

Nach dem Stand der Technik stellen BHKW eine umweltfreundliche Energietechnik dar. Mit der Umweltgutschrift für die beim BHKW erzeugte elektrische Energie erzielen erdgasbetriebene BHKW mit Abgasreinigung hinsichtlich der abgegebenen Schadstoffe sogar eine bessere Bilanz als Erdgasheizkessel (a). – Auch die Schalldämmtechnik hat bei BHKW einen erfreulichen Stand erreicht. Aufgrund der sehr guten Energienutzung treten bei BHKW keine Abwärme- und Kühlturmprobleme auf, wie sie Großkraftwerke kennzeichnen.

Hochspannungsleitungen/ Landschaftsschutz

Dezentrale Stromerzeugung, insbesondere mit BHKW, erspart bei einer (noch) wachsenden Stromwirtschaft Zubau nicht nur großer Kraftwerke, sondern führt auch zu vermiedenen Kosten beim Ausbau des Hochspannungsleitungsnetzes (b). Letzteres ist nicht nur ein

wichtiger volkswirtschaftlicher Vorteil in Höhe von bis 1000 DM pro installiertes Kilowatt elektrischer BHKW-Leistung, sondern schont auch Natur und Landschaft vor weiterer Verschandelung. BHKW verdienen auch deswegen staatliche Förderung.

Anpassungsfähigkeit

BHKW-Technik ist vergleichsweise sehr anpassungsfähig an verschiedene Anforderungen und veränderte Bedingungen. Hierzu tragen u. a. ihre überschaubare Größe, Mehrblockanlagen, ihre kurze Bauzeit von z. Z. unter einem Jahr, Wärmespeichertechnik und die Vielfalt der einsetzbaren Varianten und Brennstoffe bei. BHKW

sind außerdem ein Baustein zukünftiger solarer Brennstoff- bzw. Wasserstoffwirtschaft.

Wirtschaftlichkeit

Bei sorgfältiger Optimierung ist der Kapitaleinsatz für BHKW-Technik gesamtwirtschaftlich und vielfach auch betriebswirtschaftlich geringer, d. h. günstiger als bei getrennter Strom- und Wärmeversorgung. Hierdurch werden Mittel frei für weitere dem Energiesparen, dem Umweltschutz und anderem dienende Maßnahmen.

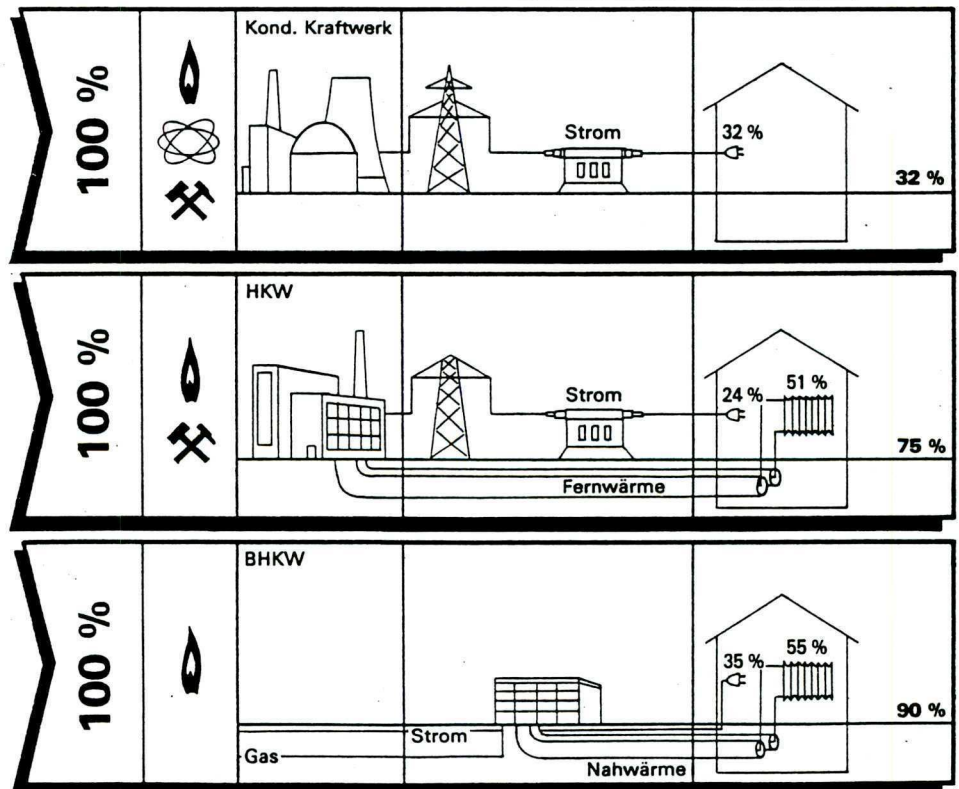
Beitrag zur Stromerzeugung

Unter realistischen und heute nur selten gegebenen fairen Voraussetzungen in der Elektrizitätswirtschaft würde sich für BHKW ein Anteil von etwa 10% bis 30% an der gesamten Kraftwerksleistung ergeben (vgl. b). In einigen Städten der Bundesrepublik umfassen BHKW bereits 25% der Netzhöchstlast. Optimierungsrechnungen und reale Planungen bei US-Stromversorgern räumen Kleinheizkraftanlagen ähnlichen Umfang ein (b, c).

Dr. Georg Löser
aus: Natur + Umwelt 12/85
(BUND Umwelt + Naturschutz)

Wirkungsgrad verschiedener Energieversorgungssysteme

Der Wirkungsgrad gibt an, welcher Anteil der aufgewandten Energie tatsächlich genutzt wird. Man erkennt: Das kleine Blockheizkraftwerk bringt fast dreimal, das zentrale Heizkraftwerk immer noch mehr als doppelt soviel Energie wie das herkömmliche Kraftwerk !



Grafik aus: Lehrerservice, BUND

10 Bq/ltr

Cäsium in unserer Nahrung

Ministerium für Ernährung
Baden Württemberg 18.12.86:

Rindfleisch	10-50 Bq/kg
Ackersalat	10-20 Bq/kg
Milch	bis 100 Bq/kg
Roggenbrot	10-20 Bq/kg

ausgesuchte Ware:

Rindfleisch	< 4Bq/kg
div. Gemüse	unter Nachweis
Milch	4 Bq/kg
Roggenbrot	unter Nachweis

Vergleich aus 1983:

Rindfleisch	0,39 Bq/kg
Kopfsalat	0,0093 Bq/kg
Milch	0,15 Bq/kg
Roggenbrot	unter Nachweis

Gibt als Jahresdosis

3 bis 30 mrem

Organ bzw. Tumorart	Latenzzeit [Jahr]
Leukämie	10-15
Schilddrüse	20,3
Blase	20,7
Brust	22,6
Hals und Nacken	22,8-24,1
Kehlkopf und Rachen	23,4-27,3
Haut	24,5-41,5

Tab. 1: Mittlere Latenzzeiten von Tumoren beim Menschen nach Strahlenwirkung

Organ	Grenzwert in mrem/Jahr
Ganzkörper	30
Keimdrüsen	30
Knochen	180
Haut	180
alle anderen Organe	90

Tab. 2: Dosisgrenzwerte nach der Strahlenschutzverordnung § 45

183 12/10 Jahrg. / Dezember 1986

Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V.

Ich möchte die Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e.V. unterstützen:

☐ als Mitglied der Gesellschaft, Jahresbeitrag in Höhe von DM
(Mitglieder DM 60,- Jugendliche DM 30,- Gewerbebetriebe DM 120,-)

☐ durch eine Spende zur Beschaffung des Meßgerätes von DM

Name : Tel.:

Adresse :

..... Ort Datum Unterschrift

Kontaktadresse:

Dr. rer. nat. Harald Kugler

Bankverbindung:

Gesellschaft für Strahlen-
messung im Unterland e.V.